

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes •

Liberal-demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

Linke Angriffe gefährden das Erfolgsmodell Schweiz

Die Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt gehört zu den Kräften, welche den Wohlstand unserer Bevölkerung massgeblich mit aufgebaut haben. Die Freiheiten, welche die Wirtschaft in unserem Land und in unserem Kanton geniesst, sind für uns bedeutend. Die liberalen Kräfte sind dafür verantwortlich, dass wir über eine der bestfunktionierenden Volkswirtschaften der Welt verfügen. Diese Werte begründen unseren Wohlstand und müssen von jeder Generation gepflegt werden. Gerade heute ist dies aktuell, denn es sind von der Linken verschiedene Angriffe auf die Freiheit der Wirtschaft lanciert worden.



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Zahlreiche Forderungen der SP und der übrigen Linken bedrohen den Wirtschaftsstandort Schweiz. Es ist für die Liberal-demokratische Partei unverständlich, warum und wie eine Bundesratspartei, die auch in vielen Kantonen in der Regierung vertreten ist, mit fragwürdigen Volksinitiativen operiert. Wer als Partei Regierungsverantwortung mitträgt, sollte nicht versuchen, weitergehende Forderungen auf dem Weg von Initiativen durchzusetzen, von deren Zielsetzungen sich regelmässig auch SP-Regierungsmitglieder distanzieren. Die SP bedroht mit ihrem Vorgehen das Erfolgsmodell Schweiz.

Wir sind dankbar und vielleicht auch ein wenig stolz, dass wir in der Schweiz relativ tiefe Quoten haben an Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Das ist nicht selbstverständlich, dafür gibt es Gründe. Die gut gehende Wirtschaft ist die wichtigste Grundlage für den Wohlstand in unserem Land. Weshalb geht es der Schweizer Wirtschaft besser als der in anderen Ländern? Wir haben eine liberale und relativ wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung. Viele Regelungen der Arbeitsbedingungen sind den Sozialpartnern überlassen. Diese haben es in der Vergangenheit immer geschafft, Kompromisse und Lösungen zu finden, welche sowohl der Arbeitnehmer- als auch der Arbeitgeberschaft gerecht wurden. Welche negativen Folgen staatliche Vorschriften betreffend Mindestlöhne haben, zeigen eindruckliche

Beispiele in andern Ländern.

Unser hoher Wirtschaftsstandard und damit unser Wohlstand sind in Gefahr, sollten die Forderungen der SP Erfolg haben. Die Mindestlohn-Initiative will einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn auf der Basis von CHF 22 pro Stunde, der ab 2011 zu indexieren ist. Sie fordert weiter, orts- und branchenübliche Mindestlöhne in Gesamtarbeitsverträgen festzulegen. Dabei nimmt die Linke bewusst in Kauf, dass leistungsschwächere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr beschäftigt werden könnten, da sie dem Unternehmen „zu teuer“ würden. Auch wird verschwiegen, dass es Gesamtarbeitsverträge (GAV) gibt, welche bewusst die Lohnfestsetzung den Firmen überlassen. Es wird versucht, einen staatlichen Zwang zum Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen zu verankern. Die 1:12-Initiative würde, sollte

Köpfe - und Inhalt!

Das letzte Heft des LIBERAL hatte auf Grund der erfolgreichen Wahlen die "klugen" Köpfe unserer Partei zum Schwerpunkt. Diese Ausgabe widmet sich schwerpunktmässig den politischen Themen, die uns in letzter Zeit bewegen und bewegen werden. Der Finanzhaushalt des Kantons präsentiert sich gut dank höheren Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Die Liberalen setzen auf die richtige Karte, indem sie das attraktive Wohnangebot nach Kräften fördern! Der leichte Rückgang bei den Steuereinnahmen von juristischen Personen muss mit geeigneten Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes aufgefangen werden. Antizyklisches Verhalten bei Investitionen ist angezeigt, denn es ist nicht voraussehbar, ob sich künftig unser Kanton diese im gleichen Umfang leisten kann. Grundsätzlich muss die Frage der Nachhaltigkeit, so z.B. bei der Prioritätensetzung der anstehenden Verkehrsprojekte, im Kulturbereich und bei Bauprojekten, die teilweise ein luxuriöses Ausmass angenommen haben, konsequent gestellt werden. In Bezug auf den Staatsapparat sind die Strukturen (optimale Arbeitsabläufe, Zusammenlegen von Aufgabenbereichen) laufend zu überdenken und zu verbessern.

Die Fraktion im Grossen Rat ist gefordert!

Christine Wirz-von Planta



Unsere Mitglieder - hier ein Bild aus der jüngsten Generalversammlung - sollen noch stärker in die politischen Aktivitäten eingebunden werden - um so vom Tatendrang der jungen wie von der reichen Erfahrung der reiferen Generation profitieren zu können.

Foto: Philip Karger

sie angenommen werden, wesentliche Verschlechterungen für die Wirtschaft wie auch für die Sozialwerke bringen. Geeignete Führungskräfte könnten nicht mehr gewonnen werden, solche, die bisher in Firmen in der Schweiz gearbeitet haben, würden möglicherweise andere Stellen im

Ausland suchen. Der AHV und der Arbeitslosenversicherung entgingen Beiträge in spürbarem Ausmass, die durch Beitragserhöhungen der übrigen Versicherten oder durch Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeglichen werden müssten. Den Kantonen und Gemeinden, wie auch dem Bund, würden Steuereinnahmen fehlen. Die Erbschaftssteuer-Initiative will 20% des Vermögens über einem Freibetrag von CHF 2 Mio. an den Staat abführen, 2/3 davon sollen der AHV zukommen, 1/3 beim Kanton verbleiben. Man mag versucht sein zu denken, wer über CHF 2 Mio. besitzt, kann auch 20% des übersteigenden Betrages

an den Staat bezahlen. Diese Betrachtung greift zu kurz. Nehmen wir an, jemand habe ein deutlich höheres Vermögen und bereite den Übergang dieses Vermögens an die Nachkommen vor. Dann wird der geschätzte Betrag für die Erbschaftssteuer bereits einkalkuliert und allfällige Vergabungen, Spenden, Sponsorenbeiträge leiden darunter. Die Bereitschaft vermögender Mitbürger, Dritte zu unterstützen, wird so gedämpft. Ein weiterer Standortvorteil der Schweiz geht verloren. In mehreren Kantonen ist in jüngerer Vergangenheit diese Erbschaftssteuer per Volksscheide abgeschafft worden.

Ein Aushebeln dieses Volkswillens mit Hilfe einer Eidgenössischen Abstimmung wäre problematisch und hochgradig unföderalistisch.

Die Linke strebt mit verschiedenen Mitteln eine sozialromantische, aber unrealistische und gefährliche Umverteilung an..Die bürgerlichen Kräfte müssen sich diesen Absichten entschlossen entgegen stellen. Die LDP bürgt auch hier für eine klare und verlässliche Politik. Wir stehen dazu, dass es Unterschiede gibt hinsichtlich der Vermögens- und Einkommens-Situation von Menschen. Die Liberalen haben lieber erfolgreiche Unternehmen und fähige Manager im eigenen

Land, statt irgendwo auf der Welt. Auch ist unser Verhältnis zu Vermögenden offen und unverkrampft. Den linken Ideologen ist wohl entgangen, dass die allermeisten Reichen mit ihrem Geld für die Gesellschaft enorm viel Gutes leisten. Beispiele dafür haben wir gerade in Basel viele. Die LDP wird diese unsinnigen und gefährlichen Vorstösse der Linken mit aller Kraft und im Vertrauen auf die Vernunft des Stimmvolkes bekämpfen.

Der LDP-Vorstand

Patricia von Falkenstein
Präsidentin

Philipp Schotland
Vizepräsident

Christine Wirz-von Planta

André Auderset

Philip Karger

Michael Koechlin

Thomas Strahm

Heiner Vischer

Entwicklungsplan Innenstadt: Kritik am Verfahren - mehr Rücksicht auf Anwohnerschaft gefordert

Das sogenannte Mitwirkungsverfahren, mit dem die Verwaltung die Wünsche der Bevölkerung zum Entwicklungsplan Innenstadt eruieren wollte, ist mit grossen Fragezeichen zu versehen. Dies gibt die LDP in ihrer ausführlichen Vernehmlassungsantwort zu Händen der Regierung zu bedenken. Bei den einzelnen Objektblättern des Plans vermischen die Liberal-Demokraten zu oft die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Anwohnerschaft, die hinter dem vermeintlichen Wunsch nach „Fun“ anstehen sollen.

Natürlich ist es sehr zu begrüßen, dass die kantonale Verwaltung Anstrengungen unternommen hat, die Wünsche und Bedürfnisse der Anwoh-

nerschaft zu ermitteln, und nicht einfach vom Schreibtisch aus plant. Fragwürdig erscheint aber das Prozedere. Es ist eine Tatsache, dass sich be-

sonders engagierte oder dazu berufen fühlende Menschen in solche Verfahren einbringen. Einen repräsentativen Überblick über die Wünsche der

Bevölkerung oder auch nur von Bevölkerungsgruppen ergibt sich mit einem solchen Mitwirkungsverfahren nicht. Es sind die Ideen von Einzelpersonen oder kleinen Gruppierungen, die offenbar von der Verwaltung in die Vorlage aufgenommen werden.

Kein Spiegel der Anwohnerwünsche

Die Ideen spiegeln denn auch nicht den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach Nutzung der entsprechenden Areale wider. So ist jedenfalls nicht bekannt, dass breite Bevölkerungskreise sich für zusätzliche Verpflegungsmöglichkeiten stark machen. Vor diesem Hintergrund ist nicht einzusehen, weshalb der Stadtplan mit weiteren Buvetten und ähnlichem versehen werden soll, die zudem vom Staat unterstützt werden. Insbesondere scheinen die Verantwortlichen keinerlei Rücksicht auf bestehende gastronomische Betriebe in nächster Nähe genommen zu haben.

Auch ist es eine Tatsache, dass institutionalisierte Verpflegungsmöglichkeiten, welche viele Gäste anziehen sollen,



Auf dem Kasernenareal müssen auch künftig Grossveranstaltungen wie die Herbstmesse oder das Basel Tattoo möglich sein, fordert die LDP in ihrer Vernehmlassungsantwort. Foto: Basel Tattoo

zu Problemen mit der Nachbarschaft in Wohngebieten führen. Die Folgen davon trägt der Staat: Die Polizei soll Ruhe bieten und die Abfallentsorgung soll frühmorgens die entsprechenden Areale wieder in einen sauberen Zustand überführen. Die Kosten für das Gemeinwesen steigen.

Auch Ruhe ist ein Bedürfnis

Der Staat soll dem Trend hin zur 24-Stunden-Gesellschaft nicht noch Vorschub leisten mit der Förderung des Bedürfnisses „Fun“. Es soll auch möglich sein, in gewissen Gegenden unserer Innenstadt keine staatlich animierte Vergnügsmeile vorzufinden. Insbesondere in Wohngebieten, in welchen höhere Ansprüche an das Wohnumfeld bestehen, soll keine staatlich initiierte Verschlechterung des Wohnumfeldes stattfinden. Auf diesem Weg befinden wir uns aber, zum Beispiel bei der Planung der Veränderung der Rheinpromenade am Schaufhauser Rheinweg. Niemand der Anwohner – kaum auch die Mieter der Neubauten auf dem Kinderspital-Areal – wünschen sich solche Veränderungen. Von einer erwünschten Entwicklung kann dann gesprochen werden, wenn eine Vielzahl von Menschen dieselbe

Zielsetzung verfolgt und entsprechende Fragestellungen zur Diskussion stehen. Dieser Entwurf atmet sehr stark den Geist aus Planungsstuben der Verwaltung und drückt nur zu geringen Teilen den Wunsch der Bevölkerung aus.

Unerwünschte Total-Reglementierung

Generell stellt sich die Frage, ob die Eingriffstiefe dieses Vorhabens gerechtfertigt ist. Da die verschiedenen Funktionen, die an einem bestimmten Ort gemäss dieser Planung vorgesehen sind, abschliessend aufgezählt sind, kommt dem Staat eine umfassende Reglementierung zu. Dies ist nicht im Sinne der Bevölkerung. Die Hauptkritik geht dahin, dass Bedürfnisse herbeigeredet werden, welche nicht denjenigen der in der Gegend wohnenden Bevölkerungsgruppe entsprechen. Dies ist falsch.

Zu einzelnen Orten

Nachfolgend einige detaillierte Bemerkungen zu den Objektblättern

Barfüsserplatz: Dieser Platz stellt einen Veranstaltungsort dar. Es ist aber darauf zu achten, dass die Wohnbevölkerung in der Umgebung nicht

übermässig belastet wird. Eine Neugestaltung des Platzes erachten wir als nicht notwendig; es gilt auch die kantonalen Finanzen im Auge zu behalten.

Markplatz: Bei der Erarbeitung eines neuen Marktkonzept ist der Einbezug der Direktbetroffenen, die mit ihrer Markttätigkeit ihr Geld verdienen, unerlässlich. Skepsis ist auch angebracht, wenn das Planungsamt die Umgestaltung des Marktplatzes in Angriff nimmt. Weiter ist nicht klar, weshalb der Taxistandplatz in weiterer Entfernung zum Marktplatz kommen soll.

Freie Strasse: Bisher haben es die zuständigen Behörden nicht fertig gebracht, eine Regelung für die Zulieferung der Ladengeschäfte mit dem Gewerbe zu vereinbaren. Erste Priorität sollte diese Massnahme haben. Die Absprache mit dem Gewerbe ist zwingend.

Münsterplatz: Dieser Platz darf auch prioritär eine ruhigere Zone sein. Abstand ist zu nehmen ist vom Versuch, durch Buvetten usw. die Betriebsamkeit künstlich zu steigern. Gegenüber heute sollte die Intensität von Aktivitäten beibehalten werden.

Rheinuferweg: Skeptisch beurteilen wir das Vorhaben,



...während Münster und Münsterplatz ein Ort der Besinnung bleiben sollen. Fotos: AU

einen Rheinuferweg zwischen Wettstein- und Mittlerer Brücke zu bauen. Es ist daran zu denken, dass zusätzliche Aufenthaltsmöglichkeiten in dieser Gegend auch zu zusätzlichen Beeinträchtigung der Wohnbevölkerung, der Sicherheit und zu Auswirkungen für die Reinigungsintensität führen.

Rümelinsplatz und Umgebung: Hier gilt es, den Anliegen der Wohnbevölkerung in näherer und weiterer Umgebung Rechnung zu tragen. Man kann nicht einerseits das Wohnen in der Innenstadt fördern wollen und andererseits deutlich mehr Betrieb in die nächste Nachbarschaft dieser Wohnhäuser bringen. Der Platz ist im übrigen im Moment eher unwirtlich und sollte attraktiver gestaltet werden.

Birsig-Parkplatz: Die Hinterhofatmosphäre wird sich auch nach einer Neugestaltung mit Wasser etc. kaum ändern, die Zugänge sind unattraktiv. Die Aufhebung von Parkplätzen wird negative Folgen haben, es braucht einen 1 zu 1 Ersatz in der Nähe.

Heuwaage: Die Heuwaage hat mit dem geplanten Ozeanium und der besseren Anbindung



Der „Barfi“ darf zwar ein Veranstaltungsort sein, doch sollte auch hier nicht übertrieben werden...

des Zoos an die Innenstadt grosses Potential.

Aeschenvorstandt und St.

Alban-Graben: Dank dem geplanten Neubau eines Parkhauses kann die Lücke um die motorfahrzeugfreie Innenstadt geschlossen werden. Bis zur Fertigstellung des Parkhauses sollte mit der Umsetzung des Verkehrskonzeptes im Raum Freie Strasse, Bäumleingasse, Luftgässlein zugewartet werden.

Aeschenplatz: Die Schliessung der Elisabethenstrasse für den motorisierten Individualverkehr bringt eine höhere Belastung des Aeschengrabens Richtung Aeschenplatz mit sich. Es ist deshalb zu prüfen, ob nicht – um Stausituationen zu vermeiden – der Aeschenplatz kreuzungsfrei gestaltet, d.h. mit einer Unterführung versehen werden soll.

Kleinbasel allgemein: Uns scheint, dass die Behörden die tatsächlichen Verhältnisse im Kleinbasel nicht richtig wahrnehmen oder einschätzen. Die Behörden schauen zu, wie Prostitution und Drogenszene sich gewisser Areale bemächtigen, die einer anderen Zwecksetzung zugeordnet waren. Heute ist es so, dass Wenige ihre zum Teil idealisierten Vorstellungen gegenüber den Behörden

äussern. Diese Ideen werden dann als Haltung des Quartiers weiterbearbeitet. Dies entspricht aber nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Die Liberal-Demokraten fordern, den Kontakt mit verschiedenen Organisationen, aber auch der unorganisierten Wohnbevölkerung im Kleinbasel aufzunehmen.

Claraplatz Die illegalen Nutzungen sind hier augenfällig.

Rheingasse: Der Idee, die Rheingasse vermehrt der Gastronomienutzung zuzuführen, stellen sich die vorne genannten Argumente entgegen, dass wir in Basel nicht zu wenig Gastronomieangebote haben. und das für das Gemeinwesen zusätzliche Kosten für Sicherheit und Sauberkeit entstehen. Zu bedenken ist, dass in der Rheingasse und am Oberen Rheinweg zahlreiche Wohnungen bestehen. Dem Ruhebedürfnis der Anwohnerschaft in den Nachtstunden ist bei jedwelcher Planung Rechnung zu tragen.

Kasernenareal: Grossveranstaltungen müssen aufgrund der einmaligen Grösse des Platzes möglich sein. Bei der Kasernenstrasse gilt zu beachten, dass die Befreiung vom Durchgangsverkehr dazu führen wird, dass sich das dort

ansässige Rotlichtgewerbe mit allen Folgeerscheinungen dominant entwickelt.

Unterer Rheinweg: Die Anwohnerschaft dieser wunderschönen Wohnlage leidet schon heute unter den Auswirkungen der Leute, die gewohnt sind, die Nacht zum Tage zu machen. Vorgärten werden als Toiletten benutzt, Abfall wird in den Vorgärten deponiert und die Lärmbelastung ist erheblich. Wir begrüssen die Stabilisierung der Benutzung, lehnen aber den Ausbau bis zum Dreiländereck ab. Nicht das ganze Rheinufer muss gleich „bespielt“ werden.

Oberer Rheinweg und Schaffhauser Rheinweg:

Auch an diesen Strassen wohnen Leute. Deren Ruhebedürfnis ist mindestens ebenso zu gewichten wie die Absicht der Planungsleute, dort mehr Veranstaltungen durchzuführen und Fun-Areale wie einen „Beach“ oder ähnliches zu schaffen. Es ist weiter eine bekannte Tatsache, dass auch am anderen Rheinufer der Lärm bis in die frühen Morgenstunden deutlich wahrgenommen werden kann.

Theodorsgraben und Wettsteinplatz: Diese Anlage kann nicht gleichzeitig Ort des Spiels, der Bewegung, der

Dr Sämi verzelt

Carl Samuel Baumgartner ist ein Ur-Gestein des Kleinbasels - und notabene langjähriges LDP-Mitglied und früherer Grossrat unserer Partei. Aus Anlass des 75. Geburtstag von „Sämi“ ist eine CD hergestellt worden, auf welcher der Jubilar seine Schmunzel-Geschichten erzählt. Die CD enthält Begebenheiten von früher, die normalerweise über die Zeit hinweg in Vergessenheit geraten und so unwiederbringlich verloren gehen. Also ein guter Grund diese Geschichten auf eine CD zu bannen, damit die Nachkommen ebenso wie wir in den Genuss dieser Geschichten kommen können. Es soll auch ein Dankeschön an Sämi sein für all das, was er für seine Stadt und besonders fürs Kleinbasel geleistet hat. Der Preis dieser einmaligen CD beträgt 25 Franken. Sie kann bei Bider & Tanner bezogen werden.

Ruhe, der Begegnung und der Verpflegung sein. Unsinnig ist es, dort eine Buvette zu erstellen. Weder wünscht die dort ansässige Bevölkerung einen zusätzlichen Gastwirtschaftsbetrieb, noch ist eine Notwendigkeit gegeben, wenn im Umfeld von 100 Metern zum von der Verwaltung vorgesehenen Standort drei Restaurants mit Aussenbestuhlung sowie ein Ladengeschäft, welches sieben Tage geöffnet hat, zur Verfügung stehen. Dieser Aktivismus ist auch in anderer Hinsicht nicht zu Ende gedacht: Jeder neue Restaurantsbetrieb generiert Konfliktpotential mit anderen Nutzern, z.B. hinsichtlich des Ruhebedürfnisses oder des Wunsches nach sauberen Grünanlagen.

Fazit: Neuprüfung aus Sicht der Anwohnenden

Der Entwicklungsplan Innenstadt enthält durchaus interessante Ansätze, stellt aber in zu vielen Fällen die Wünsche (auswärtiger) Nutzer der 24-Stunden-Gesellschaft über die Bedürfnisse der Anwohnerschaft.



Die Claramatte muss Kindern und Anwohnenden dienen. Illegale Nutzungen sind zu unterbinden.

Foto: AU

Es kann nicht sein, dass die Innerstadt zu einer fast durchgehenden Partymeile verkommt. Die Liberal-Demokraten beantragen deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort, dass sämtliche Vorhaben

vor der Detailplanung auf ihre Wünschbarkeit aus der Sicht der Anwohnerschaft und der Nutzenden, auf die finanziellen Folgen und damit letztlich auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Es ist auch eine

Staffelung in der Realisierung vorzusehen. Wichtigere Investitionsvorhaben dürfen durch diese Massnahmen, welche in erster Linie als „nice to have“ zu bezeichnen sind, nicht konkurrenziert werden.

ÖV-Programm 2014-2017: Bei neuen Ausbau-Schritten ist Vorsicht geboten

Das Angebot an öffentlichem Verkehr in Basel-Stadt ist bereits ausgezeichnet und von hohem Komfort. Über weitere Ausbauschritte soll in - auch finanzieller - Abstimmung mit den Nachbarn entschieden werden. Auch ist zu bedenken, dass ein weiterer Ausbau die Zersiedlung fördert und Anreiz zur Stadtfucht bietet. Dies antwortete die LDP in der Vernehmlassung zum ÖV-Programm 2014-2017.

Das innerstädtische Angebot ist jetzt schon gut und deckt alle Bedürfnisse ab, betont die LDP in ihrer Vernehmlassungsantwort. Weitere Ausbauschritte ausserhalb unseres Kantons sind nicht zwingend nötig, es sei denn, die auswärtigen Gemeinwesen beteiligen sich in gerechter Weise an den Kosten. Es darf nicht sein, dass der Kanton Basel-Stadt wie in der Vergangenheit die Hauptlast trägt. Das Interesse der Berufspendler an guten Verbindungen darf auch zulasten der Herkunftsgemeinden abgedeckt werden.

Kein Nice to have

Die im Programm vorgeschlagenen Ausbauschritte decken auch das „Nice to have“ ab. Mit Blick auf die Staatsfinanzen sollte nur das Nötigste geplant werden. D. h., dass wichtige Industrie-Gebiete wie Novartis-Campus, St. Johann, Klybeck und Kleinhüningen angeschlossen werden müssen.

Verbesserung fördert Abwanderung

Je besser die ÖV-Anbindung von Gemeinden ausserhalb des Kantons ist, desto grösser

die Bereitschaft, dort Wohnsitz zu nehmen – Steuereinnahmen entgehen dem Kanton, die Landschaft wird zersiedelt. Das ist nicht nachhaltig. Hingegen ist die gute Anbindung der Landgemeinden Riehen und Bettingen ein wichtiges Thema. Deren Angebote müssen optimiert und ergänzt werden.

Der Fahrgastkomfort ist bereits heute auf einem sehr hohen Niveau. Die Komforterverbesserung hat deshalb geringe Priorität.

Etwas erstaunt ist die LDP, dass die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur als strategisches Ziel dargestellt wird. Es fragt sich, wo hier der Nutzen des Bestellers ist und ob es sich hier nicht schlicht und einfach um eine betriebliche Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit handelt.

Gesamtsicht fehlt

Die LDP bedauert, dass eine Gesamtplanung für nächsten 30 Jahre vollkommen fehlt. Es wird viel vom S-Bahn Herzstück gesprochen, ohne dass eine Verbindung zu weiteren Begehren, wie neue Tramlinien über die Johanniterbrücke zum Badischen Bahnhof, durch Claragraben vor Roche etc. hergestellt wird. Ein Masterplan ist zwingend zu erstellen.

Es scheint dringend nötig, mit der BLT zu fusionieren;

Ihr Input bitte!

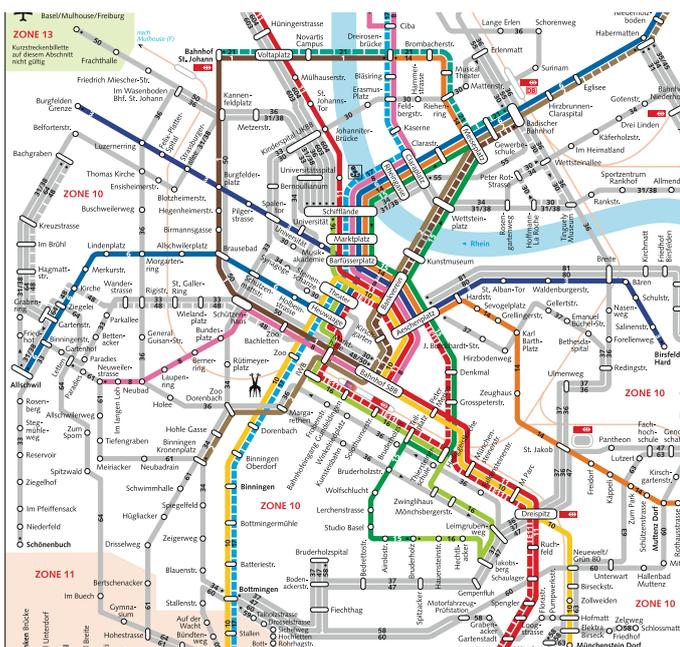
Es ist gute Schweizer Sitte, vor neuen Projekten die interessierten Gremien - auch die Parteien - um ihre Meinung zu fragen. Normalerweise übernimmt es in diesem Verfahren dann ein Exponent der Partei, der sich in dem Gebiet speziell gut auskennt, einen Antwort zu formulieren, die dann vom Vorstand genehmigt wird. Ein grosses MERCI all denen, die jüngst bei solchen Antworten geholfen haben! In unserer Partei schlummert aber noch viel Sachverstand, den wir nutzen wollen. Zögern Sie deshalb nicht, uns in hängigen Fragen ihren Input zukommen zu lassen oder sich für die Formulierung der Antwort zu melden. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen entgegen respektive Ihre Mitarbeit in Anspruch!

in keinem anderen Gebiet der Schweiz bedienen zwei selbständige Betreiber ein relativ kleines Netz. Synergien könnten genutzt werden. Skeptisch ist die LDP hinsichtlich eines Ausbaus der Zugverbindung zum Flughafen: Der Nutzen für den Kanton Basel-Stadt – und nicht für den Flughafen – müsse der Bevölkerung erst noch erklärt werden.

Anreize zum sparsamen Mitteleinsatz fehlen

Die Politik hat mit Rahmenausgabenbewilligungen operiert. Dies betrachtet die LDP als falsch, weil es dazu einlädt, den gesamten Rahmen zu nutzen. Ein Anreiz für den sparsamen Einsatz der Mittel ist nicht gegeben.

Die Frage in der Vernehmlassungsunterlage, ob das ÖV-Programm um weitere Schwerpunkte ergänzt werden soll, bejaht die LDP und erwähnt den grenzüberschreitenden Pendlerverkehr, der besser erschlossen werden muss; dies speziell im Fall von Inzlingen, und dies unter entsprechender Kostenbetei-



Basel-Stadt verfügt über ein vorzügliches ÖV-Netz. Bei weiteren Ausbauschritten ist auf die Finanzierbarkeit und auf allfällig auftretende Negativwirkungen zu achten. Foto: BVB

ligung. Auch müssen gewisse Schwerpunkte mit Priorität behandelt werden, so als Beispiel Roche-Turm: Die Erschliessung muss im Zeitpunkt der Inbetriebnahme garantiert sein, d.h. es braucht eine Verstärkung der Buslinie, statt langfristiger Planungen für ein Tram durch die enge Grenzachstrasse. Hauptaufgabe des ÖV ist zund bleibt, die Leute dorthin zu transportieren, wo sie arbeiten oder wohnen.

Massnahmen im Bereich Riehen-Inzlingen

Bei den einzelnen Massnahmen ist die Verdichtung der S-Bahn Linie 6 zu begrüssen. Allerdings fehlt im Massnahmenkatalog die Anpassung der Rahmenbedingungen, zum Beispiel die Grundlagen und Projektierung für einen Ausbau des Engpasses zwischen Bad. Bahnhof und Lörrach Stetten wie Doppelspur und die damit verbundenen Konsequenzen für die Gemeinde Riehen (Unterführungen oder Tieferlegung der S-Bahn) aufgrund der erhöhten Querungen durch das Dorf. Nachdem nun Grenzach-Wylen erschlossen wird, wäre eine Weiterführung der Linie 34

bis Inzlingen Wasserschloss erstrebenswert (siehe Pkt. 1.2.), um die Nachbargemeinde mit immerhin ca. 2'500 Einwohner ebenfalls direkt an das Stadt-Baslerische ÖV-Netz anzuschliessen anstelle der Riehener Kleinbuslinie. Dies ergäbe eine Entlastung der individuellen Pendler durch die Gemeinde Riehen. Beim Buskonzept Basel West - Allschwil fragt es sich, ob dieses Angebot nicht vollauf genügt, so dass es die Verlängerung der Tramlinie 8 gar nicht mehr braucht. Es scheint auch nicht zwingend nötig, dass die Buslinie 33 Samstags neu im 30' Takt verkehren muss.

Mehrbelastung für das Gellert...

Eher negativ sieht die LDP die Verdichtung im Betrieb der Buslinien 37 und 47. Die Immissionen aus dem Strassenverkehr sind im Gellert unter der Woche tagsüber sehr gross. Zahlreiche Bewohner des Quartiers stehen deshalb Bussen durch die Quartierstrassen auch an den Wochenenden und an den Abenden skeptisch bis ablehnend gegenüber.

...vs berechnete Interessen

Andererseits besteht aber das legitime Interesse des Bethesdaspitals und der hinteren Gellertstrasse nach einer Anbindung an den ÖV, auch an den Abenden und an den Wochenenden. Die im ÖV-Programm 2014 - 2017 angedachte Lösung, an den Wochenenden und an den Abenden mit einem Kleinbus im 30-Minutentakt die Anbindung der hinteren Gellertstrasse und des Bethesdaspitals sowie des Lehenmattquartiers an den ÖV sicherzustellen, erscheint als gangbarer Kompromiss, der beide Interessen ernst nimmt. Die LDP geht davon aus, dass ein geräuscharmer Kleinbus eingesetzt wird. Was die Linienführung des Kleinbusses zwischen Aeschenschplatz und Bethesdaspital betrifft, so bittet die LDP um eine Prüfung der Variante Gellertstrasse - Sevogelstrasse, statt St. Alban-Ring - Engelgasse. Da an den Abenden und an den Wochenenden keine Schule ist, braucht es keine Erschliessung der oberen Engelgasse. Auf die Frage nach zusätzlichen Anliegen nennt die LDP die heutigen Tarife, welche

als ungerecht empfunden werden. Geringe Distanzen im Stadtgebiet sind im Verhältnis teurer als lange Distanzen in den Vorortgemeinden; es sollte konsequent das Verursacherprinzip Anwendung finden, d.h. nach Transportkilometern abgerechnet werden. Es ist klar, dass unser Umland keine Zonierung des U-Abos will, denn es profitiert ja davon und die Kernstadt kommt wieder einmal für Zentrumsleistungen auf, welche die Einwohner der Stadt gar nicht brauchen. Es darf nicht sein, dass die Anbindung des Bruderholz verschlechtert werden soll, um weitere Durchmesserlinien durch die Innerstadt zu führen. Es ist nicht einzusehen, weshalb eine privilegierte Wohngegend auf Kantonsgebiet schlechter behandelt werden soll, als auswärtige Gemeinwesen im In- und Ausland! Es sind nicht zuletzt Steuergelder der Einwohner dieses Quartiers, die auch zum Unterhalt und Ausbau des ÖV dienen.

Behindertengesetz: Umsetzung mit Augenmass

Die Umsetzung des Behindertengesetzes erachtet die Liberal-Demokratische Partei schliesslich als wichtiges Anliegen. Dies darf aber nicht auf Kosten anderer „schwächerer“ Verkehrsteilnehmer gehen. So ist eine generelle Anhebung der Einsteigekante auf 27 cm falsch, teuer und gefährlich für die Fussgänger und Velofahrer. Grundsätzlich gilt zu beachten, dass es schwierig bis unmöglich zu erreichen ist, dass Blinde und Taube Tram und Bus ohne fremde Hilfe benutzen können. Es stellt sich die Frage, ob nicht individuelle Lösungen besser und kostengünstiger wären. Und zu guter Letzt ist die Verhältnismässigkeit stärker zu beachten. z.B. beim Ziel, die Fahrzeit zu verkürzen. Eine Verkürzung der Fahrzeit um wenige Minuten darf nicht zu Mehrkosten beträchtlichen Ausmasses führen. Eine Entschleunigung des hektischen Alltages wäre für unsere Gesellschaft wohltuend.



Behindertengerechte Einstiege bei Tram und Bus sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Es gibt jedoch auch Massnahmen zu Gunsten behinderter Menschen, die anderen - und ebenfalls schwächere - Verkehrsteilnehmern schaden - so etwa zu hohe Trottoirränder, die für Velofahrende zur „Falle“ werden können. Foto: Au

Totalrevision des Pensionskassengesetzes: Finanzierung ist solide zu regeln

Die Pensionskasse des Kantons muss nun endlich auf solide finanzielle Beine gestellt werden. Dies fordert die LDP im Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Pensionskassengesetzes. Zu dieser soliden Grundlage gehören der Wechsel zum Beitragsprimat und der Verzicht auf erneute Einmaleistungen des Kantons.

Grundsätzlich ist es zu begrüssen, dass der Regierungsrat eine Totalrevision des geltenden Pensionskassengesetzes an die Hand nehmen will. Neben der Notwendigkeit, die auf Bundesebene per 1. Januar 2012 in Kraft getretene Revision des BVG umzusetzen, ist insbesondere die Absicht des Regierungsrats, die Voraussetzungen für eine Senkung des technischen Zinssatzes zu schaffen, wichtig und richtig. Allerdings ist der anvisierte Satz von 3% der höchste denkbare technische Zinssatz für die Zukunft, d.h. der technische Zinssatz muss mindestens bis auf dieses Niveau gesenkt werden, eher darunter.

Gesetz soll Finanzierung regeln, nicht Leistung

Geteilt wird klar die Meinung des Regierungsrats, dass der Kanton Basel-Stadt für die Pensionskasse seines Personals die Finanzierung der Pensionskasse im Gesetz regeln soll, nicht die Leistungen. Die LDP fordert dezidiert die Umstellung der Pensionskasse vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Eine Partizipation des Arbeitgebers am Anlagerisiko in dem Sinne, dass der Arbeitgeber im Falle einer Minderverzinsung der Vorsorgeguthaben eine Einmaleinlage leisten muss (§ 24b Abs. 4 des Lohngesetzes gemäss Vernehmlassungsvorlage), wird strikt abgelehnt. Erstens hat der Kanton für die Sanierung der Pensionskasse vor nicht langer Zeit erhebliche Beiträge aufgewendet. Zweitens soll er im Rahmen der nun anstehenden Totalrevision wiederum erhebliche Einmalbeiträge für die Finanzierung der Pensionskasse und die Sicherung einer angemessenen Übergangsregelung leisten. Aufgrund dieser Umstände

muss das Gesetz pro futuro so ausgestaltet werden, dass der Kanton in keiner Weise mehr am Anlagerisiko beteiligt ist. Das ist die einzige sachgerechte Regelung. Der Sinn des BVG liegt nicht darin, dass der Arbeitgeber seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zusichert, nach der Pensionierung über ein bestimmtes Einkommen zu verfügen.

Sinn des BVG beachten!

In der heutigen Zeit, in der die Menschen ihre Arbeitsstelle im Laufe der Gesamtdauer ihrer Erwerbstätigkeit oft wechseln, wäre eine solche Erwartung ohnehin völlig unangebracht. Der Sinn des BVG liegt vielmehr darin, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bis zu einem gewissen Grad zur Bildung von Ersparnissen für das Alter verpflichtet werden. Die Bildung von Ersparnissen und deren sorgfältige Anlage sind der Sinn und Zweck des BVG. Auch wenn das im Rahmen des BVG stattfindende Sparen nicht freiwillig ist, kann kein

Zweifel daran bestehen, dass die Ersparnisse (die Vorsorgeguthaben) den Versicherten gehören, nicht dem Arbeitgeber. Die Versicherten müssen daher auch das Anlagerisiko tragen. Sie profitieren im Gegenzug auch alleine von einer allfälligen Überperformance.

Regelungen mit Augenmass

Dass für versicherte Personen kurz vor der Pensionierung eine Regelung vorgesehen werden soll, wonach der Besitzstand bis zu einem gewissen Grad gewahrt werden kann (analog der Umstellung 2008), ist nachvollziehbar. Eine weiter gehende „Besitzstandsregelung“ in dem Sinne, dass auch aktiven Versicherten, die noch nicht kurz vor der Pensionierung stehen, ab einem gewissen Dienstalter der „Besitzstand“ ganz oder teilweise gewährt wird, ist aber völlig unangemessen, und zwar sowohl im Zusammenhang mit der Reduktion des technischen Zinssatzes als auch hinsichtlich des Primatswechsels. Der Umstand, dass eine Person

während der Dauer ihrer Erwerbstätigkeit einige Jahre beim Kanton Basel-Stadt angestellt war, kann nicht bedeuten, dass der Kanton dieser Person eine bestimmte Rente zusichern muss.

Teil- statt Vollkapitalisierung

Die Pensionskasse könnte künftig im System der Teilkapitalisierung geführt werden. Damit werden die einmaligen Umstellungskosten reduziert. Ein Weiterbestehen der Staatsgarantie im erforderlichen Umfang ist dabei in Kauf zu nehmen.

Sollte die Variante der Vollkapitalisierung gewählt werden, ist selbstverständlich, dass die Versicherten an den Sanierungskosten partizipieren müssen. Ein „Abstottern“ des Sanierungsanteils während 20 Jahren ist aber nicht sinnvoll. Stattdessen muss eine Lösung gesucht werden, mit der die Partizipation der Versicherten mit folgenden Elementen gewährleistet werden kann:

- für Rentnerinnen und Rentner: Liquidation des Rententeuerungsausgleichsfonds und Aufhebung jeglicher Ansprüche auf Teuerungsausgleiche (unbefristet);
- für aktive Versicherte: Kombination von Sanierungsbeiträgen mit vorübergehender Unterverzinsung der Vorsorgeguthaben (befristet während max. 5 - 7 Jahren).



Bei wenigen Dingen geht es um so viel Geld wie bei der Pensionskasse - sowohl für die Versicherten wie gerade im Fall der staatlichen Kassen auch für die Steuerzahler. Darum ist es hier speziell wichtig, die Finanzierung solide zu regeln.

Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt Basel 55+: Selbstverantwortung stärken - Subsidiarität beachten

Die Alterspolitik des Kantons muss darauf ausgerichtet sein, die Selbstverantwortung älterer Menschen zu fördern. Strikt zu beachten ist das Subsidiaritätsprinzip: Nur dort, wo sich weder die Älteren selbst helfen können, noch ausreichende private Angebote bestehen, soll der Staat lenkend eingreifen.

Es ist richtig, dass sich die Regierung in Zeichen der steigenden Lebenserwartung und der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung mit Altersfragen auseinandersetzt. Planungen und Aktivitäten des Staates müssen aber subsidiär erfolgen, die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger dürfen nie zum Objekt degradiert werden.

Dank geschuldet

Es gilt zu bedenken, dass die Generationen der ältesten Baslerinnen und Basler den wesentlichsten Beitrag zum heutigen Wohlstand geleistet haben. Es ist demzufolge durchaus eine Dankbarkeit geschuldet, die auch die Politik beeinflussen muss. Die Selbstbestimmung auch der alten Menschen ist für die Liberaldemokratische Partei von grösster Bedeutung. Selektiv und nachgelagert sollen die Hilfs- und Unterstützungsangebote sein.

Aus liberaler Sicht kann man Antworten auf Fragen, was im Alter sein wird, nicht einfach dem Staat delegieren. Die eigene Zukunft – auch im Alter – muss von einem selbst vorbereitet werden. Darauf müsste die Bevölkerung regelmässig und mit Nachdruck hingewiesen werden.

Zu umfassender Vorschlag

Der Vorschlag des Regierungsrates für eine Anpassung der Alterspolitik ist viel zu umfassend. Auf der einen Seite erhält er Ziele, die der Staat nicht erfüllen kann und auch nicht erfüllen soll. Damit stellt sich der Vorschlag in Gegensatz zum selbst deklarierten Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns. Vor allem sollte vieles durch Private und private Organisationen gemacht werden und nicht durch Staatsstellen. Diese sollen die Kontrolle wahrnehmen, dass die Privaten die ihnen übertragenen Aufgaben

auch gemäss Leistungsauftrag ausführen.

Priorisierung fehlt

Eindeutig fehlt beim künftigen Handlungsbedarf eine Priorisierung bzw. eine Einstufung der Dringlichkeit hinsichtlich der durchzuführenden Aktivitäten. Ebenfalls vermisst werden Ansätze, wie generationenübergreifend geplant und gehandelt werden kann. Unsere Gesellschaft trennt zu scharf die einzelnen Gruppen voneinander ab. Junge haben wenig zu tun mit Alten. Dies sollte geändert werden. Der Staat kann hier Beispiele definieren. Oder Infrastrukturen bieten, welche geeignet sind, alte und junge Menschen zusammen zu bringen. Zu Verwunderung Anlass gibt, dass weder die Kirchen noch die Israelitische Gemeinde begrüsst worden sind, obwohl sie das Thema „Alter“ sehr direkt betrifft. Faktum ist, dass sich die Kirchen in einem grossen

Teil ihrer Tätigkeit besonders um alte Leute kümmern und dass auch ältere Personen oft wieder einen Zugang zur Kirche finden.

Der rein materialistische Ansatz scheint uns falsch, denn die betroffenen alten Menschen werden so nicht in all ihren Bedürfnissen abgeholt. Dies kann nur geschehen wenn immer auch der innere, geistige und geistliche Aspekt mitberücksichtigt wird.

Altersmässig falsche Einordnung

Sachlich falsch ist die Einbeziehung der 50 – 64 jährigen als erste Stufe der „neuen“ Altersphase. Es trifft nicht zu, dass die Einteilung des Erwachsenenalters in Erwerbs- und Pensionierungsphase überholt ist. Dies zeigt schon die permanente Diskussion über das Pensionierungsalter. Es ist nach wie vor so, dass die Berufstätigkeit Zugang zu Möglichkeiten und Ressourcen gewährt, die in der Pensionierungsphase nicht mehr ohne weiteres gegeben sind, und zwar nicht nur materiell, sondern auch sozial. Die Alterung erfolgt durch eine Verlängerung der Lebenserwartung mit der damit verbundenen Abnahme der Mobilität und Zunahme der Krankheitsrisiken, nicht durch eine Verlängerung von Krankheit und Mobilitätsverlust auf jüngere Jahrgänge! In diesem Punkt ist der Vorschlag grundsätzlich zu korrigieren.

Fazit: Neuprüfung notwendig

In Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips vertreten wir die Haltung, dass der Schwerpunkt der Alterspolitik des Kantons in denjenigen Bereichen liegen sollte, die zu seinen Staatsaufgaben gehören; dort kann er selbst handeln.

In allen übrigen Bereichen kann er fördern, wenn private Angebote Lücken schliessen und dazu Unterstützung brauchen. In diesem Sinne sind die Vorschläge der Anpassung der Alterspolitik im einzelnen zu prüfen.



Rentner und Rentnerinnen sind heute keineswegs grundsätzlich schwache und hilfsbedürftige Menschen. Oft sind sie noch sehr aktiv, auch wenn sich nicht jeder im reiferen Alter als Dachdecker berufen sieht. Der heutigen, oft sehr aktiven Rentner-Generation soll man Eigenverantwortung und Selbstbestimmung lassen. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo es unabdingbar ist.

Gemeinderatswahl Riehen: Mit dem Duo Bürgermeier/Strahm

Die Liberal-Demokratische Partei Riehen plant, im ersten Wahlgang den „Alleingang“ zu wagen und mit dem Bisherigen Christoph Bürgermeier (Foto: rechts) sowie Thomas Strahm (Foto: links) anzutreten. Das „Duo-Ticket“ hat für Aufsehen gesorgt.

Christoph Bürgermeier, Sie sind nun bald 20 Jahre im Gemeinderat Riehen. Warum noch eine Amtszeit?

CB: in den nächsten vier Jahren stehen entscheidende Verhandlungen mit dem Regierungsrat Basel - Stadt über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen den Landgemeinden und dem Kanton an. Da ich schon bei den letzten Verhandlungen dabei war, kann ich meine langjährige Erfahrung einbringen.

Thomas Strahm, Sie kandidieren neu sowohl für Gemeinderat wie für Präsidium. Das hat im bürgerlichen Lager für Unruhe gesorgt. Suchen Sie „Lampe“?

TS: Wir suchen keine „Lampe“, im Gegenteil, wir wollen am bürgerlichen Erfolg vor vier Jahren anknüpfen, damals mit unserem 5er Ticket, darunter zwei Liberale.

Es wird immer gefordert, dass die Bürgerlichen zusammenstehen müssen, um Links-Grün zu schlagen. Nun wagt die LDP den Alleingang. Wie passt das zusammen?

TS: Wir suchen nicht den Alleingang, aber wir würden ihn notfalls wagen. Wir sind der Auffassung, dass wir zu unseren bestehenden zwei Gemeinderatssitzen stehen dürfen, ob nun auf einem bürgerlichen (5er?) Ticket oder halt notfalls alleine. Der Entscheid, wer mit uns auf einer gemeinsamen Liste mitmacht, liegt bei allen Beteiligten

CB: Die Forderung ist verständlich und auf der anderen Seite hat die LD P Riehen ihre zwei bisherigen Sitze im Gemeinderat zu verteidigen. Hier auch ein grosses Merci an Maria Iselin! Ich bin überzeugt, mit Thomas Strahm und mir können wir zwei bewährte Politiker in den Wahlkampf schicken. Die bürgerliche Zusammenarbeit muss darunter nicht leiden.

TS: Jede Taktik ist immer beides, sowohl Risiko wie auch Chance. Unser Vorgehen ist ein Zeichen dafür, dass die Liberal-demokratische Partei über geeignete Köpfe für diese Mandate verfügt.

Zum aktuellen Leistungsausweis des amtierenden Riehener Vize-Gemeindepräsidenten: Was würden Sie als Ihre Leistungen im Gemeinderat bezeichnen?

CB: Als Verantwortlicher für die Finanzen ist es mir gelungen, über Jahre eine ausgeglichene Gemeinderechnung zu präsentieren. Ein wichtiger Grundsatz war immer, mit den Gemeindefinanzen haushälterisch umzugehen. Wo sind noch Geschäfte zu vollenden?

CB: Da zu meinem Aufgabenbereich auch die Liegenschafts- und Areal-Entwicklung gehören und hier einige Projekte in den letzten Jahren aufgegleist wurden, aber noch nicht abgeschlossen werden konnten, möchte ich auch diese in der nächsten Zeit abschliessen. Ich denke da an die Zentrumsbebauung an der S-Bahn-Station Niederholz, das Weissenberger-Areal im Dorfkern, aber auch an die dringend nötigen Flächen für das Riehener Gewerbe.

Thomas Strahm wäre als Banker doch eher für das Finanzressort geeignet. Das ist aber durch den Parteikollegen bereits „besetzt“.

TS: Grundsätzlich kandidiere ich ja auch für das Präsidium, womit die Ressortzuteilung gegeben wäre. Aber auch als Gemeinderat habe ich keine Mühe, die mir zugewiesenen Dossier zu übernehmen. Ich präsidiere seit Jahren die Sachkommission „Kultur, Freizeit und Sport“ und bin weiter Mitglied der Sachkommission „Publikumsdienste, Behörden und Finanzen“ und kenne somit die Dossier in diesen Bereichen bestens. Ein Banker befasst sich aber innerhalb seiner Laufbahn nicht immer nur mit Zahlen und Bilanzen. Der Name Thomas Strahm ist in Riehen fast umfassend präsent. Sie waren Einwohnerratspräsident und sind Präsident der Bürgerkorporation. Hilft dies für die Wahl?

TS: ...und Vizepräsident der Bürgergemeinde! Eine breite Vernetzung innerhalb der Gemeinde ist sicherlich von

Vorteil, nicht nur für die Wahl, sondern auch, um das Amt anschliessend kompetent ausüben zu können. Der Blickwinkel ist nicht nur tief, sondern eben auch breit

Was würden Sie denn anders machen als der aktuell amtierende „Preesi“? Welche neuen Akzente würden Sie setzen?

TS: Grundsätzlich hat der jetzt amtierende Gemeindepräsident eine hervorragende Aussenpolitik betrieben, dies würde ich so auch weiterführen. Was mir wichtig erscheint, ist der inzwischen angewachsene Graben zwischen Gemeinderat und Parlament, also zwischen Exekutive und Legislative, wieder zu schliessen. Hier ist grosser Handlungsbedarf. Ferner tut sich der Gemeinderat und insbesondere der Präsidialbereich schwer mit dem Thema Marketing und Kommunikation.

Und wo sieht der altgediente Gemeinderat Bürgermeier noch neue Akzente?

CB: In der neuen Amtszeit muss der Gemeinderat das Leitbild 2000 - 2015 für die nächsten 15 Jahre erneuern. Einige bedeutende Grundsätze gibt es da zu bewahren, aber auch neue zu bestimmen. Ich denke da an die Lebensqualität in Riehen mit Themen wie Wohnen, Arbeitsplätze, Bildung oder auch Öffentlicher Verkehr. Es gibt viel zu tun, packen wir es an.

Dann war in Riehen in letzter Zeit viel diskutiert worden über Einzonungen respektive Auszonungen. Was braucht Riehen: mehr Grünzonen oder mehr Wohn- und Gewerbeflächen?

TS: Der aufgelegte Zonenplan ist mehrheitlich ausgewogen, es muss darauf geachtet werden, dass für das Gewerbe die nötigen Flächen zu Verfügung stehen. Die Infrastruktur für die Versorgung unseres Dorfes muss unbedingt erhalten bleiben.

Riehen wird das „grüne Dorf“ genannt – wohin geht die Reise in den nächsten zehn Jahren?

CB: Die gute Lebensqualität in Riehen noch erhöhen. Dazu gehört auch der sorgsame Umgang mit unserem Steuer- substrat und unseren guten Steuerzahlern.



Jungliberale: Moderne Bildungsideale verdrängen den „Akademiker“

Grundsätzlich ist für mich Bildung Unabhängigkeit. Desto mehr Bildung jemand erfährt, desto weniger muss er sich von anderen bevormunden lassen. Um diesen Gedanken besser illustrieren zu können, bietet sich ein Vergleich mit der Heiligen Schrift an. Vor der Reformation war es nur der Elite vorbehalten, die Bibel lesen, beziehungsweise interpretieren zu können. Den anderen fehlte schlicht die Bildung dazu. Ergo ist Bildung auch Macht.



von Lukas Hug

Diese Erkenntnis führt mich unweigerlich zu den Fähigkeiten, welche ich von der Bildung erwarte. Ich erhoffe mir durch Bildung Mündigkeit, Unabhängigkeit und die Fähigkeit eine differenzierte Meinung bilden zu können.

Die Bildungslandschaft ist jüngst einer Dynamik ausgesetzt, welche einem Zielkonflikt unterliegt: Auf der einen Seite soll uns die Bildung auf das Erwerbsleben vorbereiten, auf der anderen Seite aber sollen wir wissenschaftsbezogen, dem universitären Gedanken treu, eine möglichst universelle Bildung erfahren. Es steht die berufsbezogene Bil-

dung gegen die wissenschaftlich ausgerichtete Bildung.

Aufgeweichtes Bildungsideal

Das ursprüngliche Bildungsideal Wilhelm von Humboldts scheint aufgeweicht zu werden. Es soll hier erwähnt werden, dass sich meine Meinung hauptsächlich auf die Erfahrungen des Studiums der Wirtschaftswissenschaften reduziert.

Universitäten bilden ihre Studenten immer mehr zielgerichtet aus. Man schleust die Studenten durch das vorgefertigte, bausteinähnliche Curriculum, um die Alumni danach möglichst erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt unterbringen zu können. Doch die schleichende Gefahr dabei ist, dass die Studenten meist nur zu Anwendern von Modellen und Schablonen werden, aber schliesslich nicht in der Lage sind, einen Schritt weiter zu gehen – beispielsweise Modelle selbst zu kreieren. Die Universität beugt sich dem internationalen Wettbewerb.

Die Akademische Freiheit ist in Gefahr.

Arbeitsmarkt verlangt Flexibilität

Umgekehrt sollte man nicht allzu konservativ argumentieren, auch im Bildungswesen findet eine fortlaufende Evolution statt. Der Arbeitsmarkt verlangt heutzutage nicht allwissende, sondern möglichst junge und flexible Arbeitskräfte. Der Studienabschluss selbst dient eher als Signal der Cleverness, als der tatsächlichen Fähigkeiten. Letztere werden von den Arbeitnehmern später, möglichst firmenspezifisch, im Erwerbsleben angeeignet. Viele Arbeitgeber „begnügen“ sich heutzutage mit Bachelor-Absolventen und bilden jene firmenintern, zweckmässig weiter. Und genau hier könnte man einsetzen. Der Anreiz, „nur“ mit einem Bachelor in das Erwerbsleben zu steigen, sollte grösser werden. Ein modernes Bildungsprogramm sollte, wie an der Universität St.Gallen, in einem ersten Jahr unterschiedliche Disziplinen lehren. Meist weiss ein Erstsemestriger nicht, wo seine Interessen wirklich liegen. In den nächsten beiden Jahren soll zielgerichtet unterrichtet werden. Dabei sollen unbedingt auch fachfremde Fähigkeiten, wie Rhetorik geschult werden. Die Absolventen sind nach Abschluss des Bachelors bereit für das Erwerbsleben. Jene, die sich für die Weiterbildung zum Master entscheiden, sollten nach dem universitären Grundsatz, so frei wie möglich an ihren Schwerpunkten arbeiten und forschen können. Dabei sollen nicht ständige Zwischenabgaben und Prü-

fungen die Agenda vorgeben, sondern die Studenten ihrer Selbstverantwortung überlassen werden. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt veranlasst die Masterstudenten ohnehin, sich um einen baldigen Studienabschluss zu bemühen. Weiter sollte der Anreiz zum Promotionsstudium unbedingt erhöht werden. Durch die steigende Anzahl Doktoranden, steigt auch die Wahrscheinlichkeit von Innovation – dem Wachstumstreiber in einer Volkswirtschaft.

Bildungssystem Schweiz in gutem Zustand.

Das Bildungssystem Schweiz ist meiner Meinung in einem guten Zustand. Jeder, der wirklich will, kann in der Schweiz eine gute Primärausbildung absolvieren. Das Vertrauen der Bevölkerung in das öffentliche Schulsystem ist so hoch, dass Privatschulen nicht zwingend präferiert werden. Dies ermöglicht eine Homogenisierung der Gesellschaft und beugt gewissem Elitedenken vor. Durch die Subventionierung der Bildungseinrichtungen müssen sich junge Studenten nicht übermässig verschulden, um die ihren Fähigkeiten entsprechende Bildung zu absolvieren. Ich sehe dies als grosser Vorteil gegenüber dem angelsächsischen System.

Tue Gutes und sprich darüber

Wo sich hingegen die Schweiz an dem angelsächsischen System ein Vorbild nehmen könnte, ist bei der Vermarktung ihrer Institute. Neben wenigen Ausnahmen gelingt es, beispielsweise einer Universität Basel nicht, sich als renommierte Institution zu verkaufen. Dabei haben an der ältesten Universität der Schweiz herausragende Persönlichkeiten doziert und auch studiert. Sicherlich wäre der Name vieler Schweizer Universitäten noch besser, würde man sich aktiver um ein Alumni-Netzwerk, bessere Partnerunis und ein adäquateres Marketing bemühen.



Liberal-demokratische Aktivitäten: Mit Petitionen und Interpellationen bewegen und gestalten

Mit zwei Petitionen gegen Auswüchse der Prostitution und des Drogenhandels konnte die LDP Kleinbasel auf ein drängendes Problem hinweisen und den Betroffenen im Parlament Gehör verschaffen. In eine ähnliche Richtung ging eine Interpellation unseres Grossrates Felix Eymann. Von Erfolg gekrönt waren Anstrengungen der Liberal-Demokraten zu Gunsten von Hundebesitzenden und ihren Tieren.

Eine Reihe von Petitionen, welche die LDP zusammen mit betroffenen Anwohnenden wegen verstärkter Auswüchse hinsichtlich Rotlicht- und Drogenmilieu eingereicht hatte, kamen in den letzten Monaten auf die Traktandenliste. Die Betroffenen konnten ihre Ängste und Nöte in Hearings der Petitionskommission schildern; Behördenvertreter nahmen dazu Stellung. In den von der Kommission daraufhin verfassten Berichten, die vom Grossen Rat verabschiedet wurden, werden von Regierung und Verwaltung verschiedene Massnahmen gefordert. Vor allem aber gelang es, die unbestreitbar vorhandenen Probleme - etwa im Geviert Webergasse/Ochsengasse, rund um den Rappoltshof oder bei der Claramatte zu thematisieren und die Behörden

verstärkt zu sensibilisieren. Wir bleiben am Ball!

Mehr Sicherheit gefordert

Am Ball blieb auch LDP-Grossrat Felix Eymann, der in einer Interpellation Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit Gewalt- und Eigentums-Delikten forderte. Der zuständige Regierungsrat nahm mündlich dazu Stellung und sicherte im Rahmen der Möglichkeiten Massnahmen zu.

Nicht immer sind es die „grossen Themen“, welche die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen - und auch bei vermeintlichen „Kleinigkeiten“ versuchen die LDP-Parlamentarier zu helfen. So erkundigte sich Christine Wirz-von Planta, warum dringend nötiger Par-

kraum im Hegenheimerquartier verschwand, und André Auderset erreichte mit einer Anfrage, dass in der Utengasse endlich Mistkübel aufgestellt werden.

Kein „Hundeleben“ für unsere Hunde

Keine Kleinigkeit - bei fast 5'000 Hunden im Kanton - ist die Forderung, dass die Vierbeiner Möglichkeiten bekommen, tiergerecht auch unangeleint spielen und sich mit einem Bad im Rhein erfrischen zu können. Eine schriftliche Anfrage im Grossen Rat und eine Petition, organisiert von unserem Mitglied Carmen Kolp, führten zu fruchtbaren Gesprächen mit den zuständigen Stellen und schlussendlich zu gutern Lösungen für beide Anliegen.



Fifi, Bello und Rex können dank den Bemühungen der LDP nun im Horburgpark ohne Leine herumtollen und in gewissen Zonen am Rhein schwimmen gehen.

Gewalt gegen Polizei: Unakzeptabel!

Die Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt verurteilt die nicht bewilligte Demonstration vom vergangenen Freitag und vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen, welche die Veranstalter in Kauf nehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Strafnormen für Täter, die Gewalt gegen die Polizei ausüben, massiv verschärft werden. Es darf nicht hingenommen werden, dass vor allem linke Bewegungen versuchen, die Autorität der Polizei zu untergraben und Druck auf die Polizistinnen und Polizisten auszuüben, unter anderem auch durch Publikation der Fotos von Zivilfahndern. Wenn die Polizei gehindert wird, das Recht durchzusetzen, ist eine wichtige Säule unseres Staates bedroht. Die LDP wird dies nicht hinnehmen und weiss den grössten Teil unserer Bevölkerung hinter sich. Weiter darf in unserem Staatswesen nicht geduldet werden, dass die Privatsphäre von Regierungs- oder Parlamentsmitgliedern beeinträchtigt wird. Ein solcher Angriff auf das private Umfeld war offensichtlich beabsichtigt, als die unbewilligte Demonstration sich dem Wohnsitz des Sicherheitsdirektors nähern wollte. Eine sehr wichtige Qualität unseres Systems, die der Möglichkeit für Exekutiv-Mitglieder, sich ohne Personenschutz frei bewegen zu können, scheint in Gefahr. Die LDP fordert alle Parteien auf, besonders die SP und das Grüne Bündnis, von denen aus in letzter Zeit Sympathie für diese Art des Protestes kam, sich klar von Gewalt und dieser Art der Druckausübung auf Magistratspersonen zu distanzieren. Gefordert ist auch die linke Mehrheit im Regierungsrat.

Dr Schaggi Barteschlag maint...

Die „Bewegte“ sin wider los; fascht jedi Wuche wird irgendneume e Liigeschaft bsetzt und „Freyruum“ gsuecht. Dääne Bsetzer isch es drby zimmlig wurscht, dass dä Freyruum gar nit so frey isch, sondern irgend öpperem ghört. S gältet dr scho friehner skandierti Slogan „legal - illegal - scheissegal“ (Äxgüüsi für die Wortwahl, s isch nit vo mir!). Dä Slogan isch alt, aber öppis isch andersch worde - zem Glügg: Mr hän e neue Bolizeydiräggtter, wo jeedi Bsetzig umgehend ruumt. Do saag y: „Chapeau Baschi!“ - und wyter so!

In aim Fall allerdings fäält die Konsequänz (no?). Im Haafe duet me Rächtsbrächer temporär „dulde“ und glaubt naiv, die wurde denn scho freywillig go. S Baudep, wo sunsch scho bi Radiomuusig in Beggereye horrändi Buesse verdailt, luegt ewägg bi all dääne baurächtliche Verstöss. Und die wo nääbedra bewilligti Zwüschenutzige betrybye, mien sich vera... vorkoo. Und zwoor vo dr Verwaltig und vo dääne Politiker, wo jetzt au no mit ere Petition die Illegale unterstütze.

Dass bi dääne „Waagelüt“ gar kai Not herrscht, wo zum Wohne im Waage zwingt, kaa me übrigs grad im Täggscht vo dääre Petition noocheläase. Es syge alli Bsetzer in BS oder BL wohnhaft, haissts dörte....

So blyybt numme z hoffe, dass das konsequänti Vorgoo wyter- und bald au im Haafe duuregzooge wird. Und bi dääre Gläägehait sott me de Bsetzer nit e freyi Parzälle offeriere, sondern e paar freyi Zälle...

Blumen für Conradin Cramer: Souverän, auch unter widrigen Bedingungen



Er hat schon viele Komplimente von den verschiedensten Seiten erhalten und auch an dieser Stelle gebührt unserem Grossratspräsidenten Conradin Cramer ein zwar nur symbolischer, aber nichtsdestotrotz riesiger Blumenstrauß. Mit Gelassenheit und perfekt eingestreutem Humor, vor allem aber mit nahezu stoischer Gelassenheit leitet Cramer die Sitzungen der kantonalen Legislative - und dies unter Umständen, die bisweilen (ohne auf den Urheber näher eingehen zu wollen) alles andere als einfach sind. Keine noch so wirre Störung hindert ihn daran, die Beratungen geordnet voran zu bringen - und so ist es kein Zufall, dass auf die eine oder andere Sitzung gar verzichtet werden konnte; zum Nutzen der Steuerzahler! (Foto: bs.ch/Juri Weiss)

Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung findet statt:

19. August 2013, 19.00 Uhr, Restaurant Schlüssel, Basel

Wichtige Traktanden sind unter anderem:

Initiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“
Initiative „Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!“
Initiative „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!“
Initiative betreffend „CentralParkBasel“

Hier könnte Ihr Inserat stehen!

Sie haben die Möglichkeiten, auf Ihr Unternehmen oder Ihre Dienstleistungen im LIBERAL hinzuweisen und dabei ein marktwirtschaftlich interessiertes Publikum anzusprechen. Gleichzeitig ermöglichen Sie es so, diese Publikation kostengünstig zu erstellen, und unterstützen damit die liberale Sache:

1/16 Seite CHF 132.00
Format 43 x 66 mm (Breite x Höhe)

1/8 Seite CHF 264.00
Format 90 x 66 mm (Breite x Höhe)

1/4 Seite CHF 532.00
Format 90 x 133 mm (Breite x Höhe)

Nähere Auskünfte und Auftragsformulare bei der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.

4010 Basel

PP

Impressum

Liberal - Forum für liberale Politik in der Region Basel

August 2013
ISSN 2296-0155

Auflage
2'500 Exemplare erscheint bis zu sechs Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25,
4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25,
4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel